

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Komp.-Zeile 60 Pf. Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b III Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120 Erscheint alle 8 Tage

Gegen den Massenmord!

Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam erläßt zur zehnjährigen Wiederkehr des Weltkriegsbeginns das folgende:

Manifest an die Arbeiter aller Länder!

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit zum zehnten Male mit Entsetzen aus jenen unheilvollen Augusttag zurückschauen wird, an dem der erste Kanonendonner den grauenvollen Massenmord des Weltkrieges ankündigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewöl über der mit Blut und Tränen bedingten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Rasen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlachtfeldern einer vom Wahnwitz erfassten Kapitalistenclique umnebelt, mußten ihr Leben für die Lüge opfern, daß sie für die Demokratie und die endgültige Befreiung der Menschheit von der Kriegsgewalt in den Kampf zögen.

Dann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt gehegt hatten und fast verwirklicht glaubten. Und schon rüsten die Staaten aufs neue zum Kampf.

Witterweise sucht die Wissenschaft in den Laboratorien nach neuen, noch viel schrecklicheren und verheerenderen Lösungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg an Schrecken und Grausamkeit alle vorangegangenen Massenschlächtereien überbieten würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf herausbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Batterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum und in dem die Menschen wie Ungeziefer ausgerottet würden.

Die Zeit heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verfließen und verwischen. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unverwundbar weiterleben: ein Haß, den nur verbredliche Gleichgültigkeit vergessen kann. Das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit angefaßt von dem Krieg zertrümmerten Welt von Bergeweisung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die als erste die Fahne der Internationale wieder emporhob. Es war die international organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Ruf erhob: „Wieder mit dem Krieg!“ Dieses internationale vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg verhindern wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen — dann wird ihr Ruf auf dem Weltmarkt gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgucht aufs neue anschicken, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Antikriegstag. Dieser Tag muß eine Herrschaft werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbeeinträchtigten Friedenswillen der Völker ungestraft verhöhnen dürfen.

Kameraden! Demonstriert in Massen von Tausenden an unserem internationalen Antikriegstag!

Krieg dem Kriege!

Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Léon Soubaug, Th. Veipari, C. Merlens, Vorsitzende.

Jan Dubegeest, Joh. Vassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

Was nun?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben vor einiger Zeit einen Ausschuss eingesetzt, der untersuchen sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigengutachtens (Dawes-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis wird in einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bei der Unterlegung der Frage: Annehmen oder ablehnen ist der Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entschickung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dawes-Gutachtens bedeutet nicht, sich den Reparationsleistungen entziehen zu können, sondern bedeutet im günstigen Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Daß es sonst gekommen ist, verbannt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verhindert und dadurch das Ruhrabenteuer heraufbeschworen. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Befreiung vorausgesehen. Sie hat sie nicht vermeiden, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand, Zahlung oder Befreiung, hat sie bewußt sich für die zweite Lösung entschieden. Etwas lehrte die Begründung dafür: „Ich muß belohnen“, sagte er, „daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsche Land besetzt wird, für geringer halte. Denn dem Frankreich würde dann gezeigt, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Lasten noch weniger bekommen.“

Nachdem sich diese Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die deutschen Schwerindustrie durch die Ricum-Verträge zu Erfüllungspolitikern. Noch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Aber all das tut sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Forderung begreifen. Man täusche sich nicht. Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung. Deshalb die Weigerung, das Washingtoner Abstimmungsabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch mehrjährige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhaupt durch Abbau der Sozialpolitik.

Der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichsminister darauf hingewiesen, daß das Dawes-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das laufende Einkommenjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der besitzenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dawes-Gutachten sagt darüber: „Man kann zuverlässig sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als dem ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last davongekommen sind; daher haben wir es der deutschen Regierung zur erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angesichts der zugegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerlast neu auf Goldbasis festsetzen sollte.“

Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Marg-Stresemann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationspolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben. Was ergibt sich daraus? Das Dawes-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Diese innere Freiheit der Entschickung bedeutet, daß die Lastenverteilung sowohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend

auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann.

Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dawes-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteidigungsschrift: „Freie Mark — Solide Wirtschaft“ erklärt er: „Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerste mögliche Grenze vorgetrieben ist.“ Daraus zieht er den Schluß, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern zu stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlussfolgerungen sind klar: Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mithierung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, d. h. für eine entsprechende Heranziehung des Besitzes gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, der Verabsichtigung der Gesetze auf Grund des Dawes-Gutachtens stillschweigend zuzulassen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerlohn auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorzunehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern die künftige Orientierung unserer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik.

Prof. Schröder.

Eine Konferenz der Bezirkssekretäre des ADGB.

mit dem Bundesvorstand fand am 4. und 5. Juli im Bundeshaus statt. Der Bundesvorsitzende Veipari eröffnete die Aussprache mit einem Überblick über die allgemeine Lage, in dem er besonders auf die Kämpfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, auf die Volksabstimmungsbewegung zur Sicherung des gesetzlichen Achtstundentages und auf die aus Zwangsentscheidungen erwachsenden Unzutraglichkeiten für die Gewerkschaften einging. Vor allem sei es Aufgabe der Gewerkschaften, zur Anerkennung und Durchführung des Sachverständigengutachtens Stellung zu nehmen. Die Bezirkssekretäre erwiderten hierauf Berichte über die Lage in ihren Bezirken, aus denen sich ergab, daß die schlimmsten Nachwirkungen des Jahres 1923 als überwunden gelten können, daß sich aber zurzeit wieder eine starke Arbeitslosigkeit bemerkbar macht; der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge wurde daher besonders eingehend erörtert. Spielhöl-Berlin behandelte dieses Problem in einem Referat, in dem er die Notwendigkeit der Einführung möglichst weit umfassender Gefahrengemeinschaften im Interesse des Beitragsausgleichs hervorhob. Die Gewerkschaften verlangen eine einheitliche Reichsgemeinschaft, wogegen sich die süddeutschen Länder sträuben. Breußen will zunächst innerhalb der Regierungsbezirke Gefahrengemeinschaften herbeiführen, um später eine solche für ganz Breußen einzurichten. Hinter allem diesem steht indes die Absicht, die Erwerbslosenfürsorge zu verstaatlichen und der Selbstverwaltung zu entziehen. Gegen diese Pläne ist der äußerste Widerstand der Versicherten vorzuziehen, die mit ihren Beiträgen den weitaus größten Teil der Kosten der Erwerbslosenfürsorge samt denen des Arbeitsnachweises aufbringen. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschickung angenommen:

„Die gegenüber der schweren Krise des Arbeitsmarktes völlig unzureichenden Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung geben Veranlassung zu betonen, daß Vorzüge getroffen werden muß, um eine größere Einheitlichkeit zwischen Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung herzustellen. Die in allen Bezirken des Reichs beobachteten untraglichen Härten bei der Zubereitung der Erwerbslosenunterstützung, die Nichtunterstützung großer Massen Erwerbsloser machen eine schleunige Abklärung der bisherigen Verordnungen durch ein

Arbeitslosenversicherungsgesetz, das ein der Beitragspflicht entsprechendes Unterfügungsrecht der Versicherung gewährleistet, notwendig. Bis dahin muß jedoch verhindert werden, daß die Verwaltungsbehörden wegen angeblich „mangelnder Bebrüstigkeit“ oder weil die Erwerbslosigkeit nicht „Kriegsfolge“ ist, große Massen tatsächlich bedürftiger Arbeitsloser ohne Unterstützung lassen. Die Erwerbslosenunterstützung muß den notwendigen Existenzbedingungen der Erwerbslosen angepaßt und dementsprechend erhöht werden. Die Kurzarbeiterunterstützung muß wieder eingeführt werden. Bis zur Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung muß die Erwerbslosenfürsorge auf Grund der bestehenden Verordnungen zweckentsprechend ausgeschaltet werden, um die dringenden notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Dazu gehört in erster Linie die Schaffung einer einheitlichen Reichsarbeitsgemeinschaft, um unter den durch die Krise ganz unterschiedlich betroffenen Bezirken den notwendigen Ausgleich zu erreichen. Abzuwehren ist der Versuch, alle die Erwerbslosenfürsorge betreffenden Maßnahmen grundsätzlich nur den Ländern zuzuwenden. Die Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reich darf nicht zerstückt werden.

Da eine Reichsbeitragsgemeinschaft nicht unmittelbar durchgeführt werden kann, muß sofort als Vorstufe eine ausgleichende Gefahrengemeinschaft für den Bereich jedes Landesamtes für Arbeitsvermittlung gebildet werden.

Diese Regelung begegnet besonders in Preußen starken Widerständen, weil das Wohlfahrtsministerium bestrebt ist, die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Ausdehnung der Selbstverwaltung der Beitragsträger grundsätzlich zur Aufgabe der allgemeinen Staatsverwaltung zu machen. Wegen dieser Regelung muß schärfste Verwahrung eingelegt werden, weil sie die notwendige Verbindung zwischen Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung hindert. Die Zusammenfassung aller die unterstützenden und die vorzubehaltenden Erwerbslosenfürsorge betreffenden Aufgaben muß im Gegenteil beibehalten und durchgeführt werden. Dieses kann nur unter der tatsächlichen und verantwortlichen Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschehen. Hierzu sind die Landesämter für Arbeitsvermittlung berufen. Sie sind zweckentsprechend auszubauen und mit genügend weitgehenden Verwaltungsbefugnissen auszustatten. Der Versuch, in Preußen unter Umgehung der Landesämter Beitragsgemeinschaften für den Bereich der Regierungsbezirke einzurichten und den Regierungspräsidenten die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zu übertragen, muß abgelehnt werden. Der Bezirk ist zu einem Gefahrengleich zu klein. Verwaltungsausschüsse für den Bereich eines Regierungsbezirks bestehen nicht. Es muß abgelehnt werden, solche besondere Körperschaft zu bilden, lediglich um die nach der Reichsverordnung notwendige Beitrags-

festsetzung zu ermöglichen, da diese Körperschaft keine Selbstverwaltung darstellt, sondern nur zur Beitragsfestsetzung berufen wäre, ohne weitere Rechte zu haben. Dagegen muß abgelehnt werden, die Beitragsfestsetzung für den Regierungsbezirk durch den Verwaltungsausschuss irgendeines örtlichen Arbeitsamtes vorzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter werden aufgefordert, dahingehenden Ansuchen der Verwaltungsbehörde nicht zu entsprechen.

Am lehrer Stelle wurde die Organisation und Agitation behandelt, über die Schutze-Berlin das einleitende Referat hielt. Er machte Vorschläge, wie das Zusammenarbeiten zwischen den Bezirken und dem Bundesvorstand gefördert und die Agitation wirksamer gestaltet werden könne. Die Aussprache ergab auch mancherlei Wünsche aus den Bezirken, die berücksichtigt werden sollen. Die Konferenz wurde allgemein als zweckdienlich bezeichnet und ihre Wiederholung in Aussicht genommen.

Aus unseren Berufskreisen.

Die Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland.

Das Schicksal der deutschen Automobilindustrie hängt innig zusammen mit einer allgemeinen guten Wirtschaftskondition. Je wohlhabender die Menschen im allgemeinen werden, desto eher kommen sie wohl als Käufer von Automobilen in Betracht. Der Amerikaner Ford würde trotz seiner niedrigen Verkaufspreise nicht den großen Umsatz seines Kleinautos erzielen, wenn die amerikanische Arbeiterwelt nicht kaufkräftig wäre. Die deutschen Automobilfabrikanten haben mächtige Furcht vor der drohenden amerikanischen Konkurrenz, besonders durch die Fordischen Kleinautos. Es dürfte wohl noch geraume Zeit vergehen, bis sich die wirtschaftliche Lage der Volksmassen in Deutschland derartig verbessert hat, daß sie in erheblichem Umfang Kleinautos anschaffen können. Uebrigens ist der deutsche Arbeiter und selbst der Mittelstand in seinen Wohnverhältnissen derart eingeschränkt, daß nur wenige in der Lage sind, Unterkunftsräume für derartige Fahrzeuge zu beschaffen. Für Mietparagen in größerem Maßstabe sehen wohl auch die Mittel, kurz, die Frage der Bevölkerungszunahme der Autoanschaffung ist in Deutschland nicht so einfach zu lösen.

Immerhin dürfte es noch genug Wege geben, die sehr wohl in der Lage sind, sich Kleinautos anzuschaffen, wenn die Preise erschwinglich gestellt werden.

Die deutschen Automobilfabrikanten sind aber noch nicht auf Fordische Fabrikationsmethoden eingerichtet und es hat den Anschein, als hätten sie wenig Neigung, dazu überzugehen. Natürlich schließt das nicht aus, daß in einzelnen Betrieben bereits etliche weitgehende Teilarbeit eingeführt ist. Im allgemeinen scheint aber noch das alte System vorzuherrschen, für

jeden Besteller womöglich auch einen eigenen Typ zu bauen.

Im „Berliner Tageblatt“ sind kürzlich eine ganze Anzahl von Meinungsäußerungen der namhaftesten deutschen Automobilfabrikanten über die Zukunftsaussichten dieser Industrie veröffentlicht worden, so nennen wir nur Daimler, Opel und Brennenbor. Diese stimmen darin überein, daß zurzeit der Weltmarkt wenig aufnahmefähig ist und besonders für deutsche Fabrikate, die zu teuer sind, nicht in Betracht komme. Die deutschen Fabrikate könnten den Markt nur wiedererobern, wenn sie zu Weltmarktpreisen auf den Markt gebracht werden könnten. Bei den jetzigen Löhnen und Materialpreisen erschiene eine Herabsetzung der Preise ausgeschlossen.

Der Direktor des Reichsverbandes der Automobilindustriellen, Dr. Sperling, führt die jetzige Absatzstörung besonders auf die Kreditkatastrophe zurück. Das Geschäft würde erst wieder in Fluß kommen, wenn die Kreditnot behoben ist. In Deutschland sei ein großer Bedarf an Lastkraftwagen vorhanden. Noch vor zwei Monaten waren die Bestände der Fabriken ausverkauft und auch für absehbare Zeit Aufträge vorhanden. Es verlaute, daß die Reichsbank die bisherige Kreditstrenge aufgegeben hat und der Industrie wieder Gelder zur Verfügung stellt. Somit dürfte wohl die Produktion wieder in Gang kommen.

Es wird dann noch angeführt, daß die Automobilindustrie an einem großen Umstellungsprozeß arbeite. Man will die Zahl der Typen verringern und vereinfachen, die Serienzahl aber vermehren, um dadurch billiger zu produzieren. Durch die auf den Autofabrikanten lastenden Steuern (Luxus- und Umsatzsteuer) werde der Herstellungspreis um 40-45 Proz. erhöht. Die Industrie verlangt also einen Schutz Zoll, welcher auf die Einfuhr von ausländischen Autofabrikaten gelegt wird, in entsprechender Höhe.

Das würde selbstverständlich die Automobile erheblich verteuern und sehr wahrscheinlich auch nicht den gewünschten Erfolg haben. Wir hören, daß die Materialpreise zu hoch sind, daß die Steuern abgesehen werden müßten. Wie hoch indes die Profitrate ist, darüber hüten sich alle diese Sachverständigen auch nur ein Wort zu verlieren.

Die Redaktion des „Berliner Tageblatts“ bemerkt denn auch sehr vorsichtig zu dem Wunschgettel der Automobilfabrikanten, daß nach ihrer Meinung auch die Einführung rationaler Arbeitsmethoden, sowohl in Fabrikationsstechnisch wie kaufmännischer Beziehung, zu den Mitteln gehört, die deutsche Automobilindustrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen.

Fabrikationstechnisch gibt es zweifellos in deutschen Automobilbetrieben noch riesig viel zu verbessern. Natürlich wird es hierzu auch an den erforderlichen Mitteln fehlen, denn das bekommt man immer zu hören, wenn davon die Rede ist. Die billige Arbeitskraft, die in Deutschland zur Verfügung steht, macht es

Jachwisen und Raumkunst. (Schluß.)

Nachdruck verboten.

Der dorische Stil betont den Gegensatz der tragenden und getragenen Bauteile in augenfälliger Weise und das verleiht ihm Ruhe und Schlichtheit, und um die konstruktiv-ornamentalen Formen noch klarer dem Auge vorzuführen, d. h. ihrer Einseitigkeit oder Verschleierung durch den Einfluß von Licht und Schattensoll zu begegnen, wandte die dorische Epoche an den Keilten und Simsen des Gebälks die gegenläufige Bemalung mit intensivem Blau und Rot an. So wurden die wagerechten Partien oder Glieder von der breiten Leiste längs dem oberen Rand des Architravs, sowie die tief im Schatten der Echini (Säulenköpfe) liegenden Anuli (Ringstreifen) am oberen Ende des Säulenschafts rot bemalt, die senkrechten Partien, insbesondere die Triglyphen (Balkenköpfeplatten) mit ihren Nagelkopftropfen (Quittae) aber blau. Die Säulen selbst blieben unbemalt und erdriehen in ihrer natürlichen hellen Stau- oder Marmorfarbe. Das mittlere Maßverhältnis des Durchmessers der dorischen Säulen zur Säulenhöhe ist nur 1:5, bei der jonischen Säule in ihrer klassischen Form dagegen 1:8 bis 1:9, ein Umstand, der all schon die dorische Säule als die graziösere, zierlichere erscheinen läßt.

Der jonische Baustil, die jonische Säulenordnung, von dem Stamm der Jonier an der Westküste Kleinasiens geschaffen, ist als Glied des orientalisierenden Stiles des 7. Jahrhunderts v. Chr. aufzufassen, von dem wir schon bei der vorausgegangenen Erörterung der griechischen Baustilkunst sprachen. Der Artyp der jonischen Säulenkapitälzerform ist die ägyptische Wille; sie tritt in der jonischen Architektur, und zwar als Kapitälvolute zuerst in der Form zweier an der Wurzel verbundener Doppelspiralen auf, deren Zwischenraum mit einer Palmette ausgefüllt wird, und zwar ist die Stützfürmige Spirale und Palmettenfüllung dieselbe, die man in der jonischen Vasenmalerei des 7. Jahrhunderts

vor Christi findet. Baustontruktiv erklärt sich die Anwendung der Volutenform als Kapitälstimm und daraus, daß sie zunächst in der Holzkonstruktion zur Formverleierung des kurzen Druckmittlungs- oder Sattelholzbalkens angewandt wurde, auf das sich der Längsbalken oder Unterzug des Gebälks auflagert. Die jonische Volute, das zumal für den Vaien wesentliche Kennzeichen des jonischen Stiles, entstand also aus der Verschmelzung einer bautechnischen Gebrauchsjorm mit einer schon bekannten Dekorationsform. Unter den Voluten zeigt in der frühen Zeit der jonischen Architektur das Kapitäl zwei hängende Blätterreihen, deren Abstammung aus das ägyptische Palmettenkapitäl zurückzuführen ist, das auch in der phönizischen Kunst häufig nachgeahmt wurde; die fallenden Blätterreihen wurden in halbnaturalistischer Umbildung in der Ornamentik der Ägypter und Hebräer benutzt, von denen sie die Jonier übernahmen. Aber bald stilisierten diese die Blätterreihen so, daß sie als solche fast nicht mehr erkennbar waren, und zwar haben die oberen Blätter breite Ränder, die unteren je einen kleinen Rundstab seitlich erhalten, womit die spezifisch jonischen Formen des Kapitäl (obere Reihe) und des Abtragal (untere Reihe) geschaffen wurde, und zwar stellt sich das Kapitäl als der Vorkörper des auch in unserer modernen Dekoration so beliebten Eierstabes und das Abtragal als die ebenfalls in späterer Zeit häufig benutzte Perleinschnur dar. In der nächstfolgenden Zeit dringt der Rundabschluß der Säule mit Kapitäl und Abtragal nach oben und in das Innere der Voluten, die dadurch hochgedrückt und nach außen gedrängt wird, so daß die von einem geraden Mittelbalken zusammengehaltenen Voluten sich nach unten senken und den oberen Teil der Säule umschließen. (Jonisches Kapitäl des 6. Jahrhunderts.) Der Säulenschaft weist noch die scharfen Konturen zwischen den Kanellierungen auf wie in den dorischen Säulen; die Formen der Basis und damit der Fußringe der Säule ist schon sehr wechselnd, aber immer haben sie die typische Erscheinung rundstiftartiger Wülste mit Ringen. Damit sind die hauptsächlichsten

Erscheinungen der frühzeitlichen jonischen Säulen beschrieben. Im 5. Jahrhundert v. Chr. nahm die jonische Säule ihre klassische Form an, hauptsächlich in Athen. Der Säulenschaft weist 24 mit breiten Zwischenräumen geriefelte Kanellierungen von großer Tiefe auf, wodurch der Eindruck der Säulenhöhe gehoben wird. Der Säulenschaft ist mit einem Palmettengürtel gegliedert; über Abtragal und Kapitäl erscheint ein Fließband. Die Voluten schließen so dicht um den runden Kopf der Säule, daß zur Entfaltung keine Palmette erforderlich ist. Zur Abwendung des von oben her wirkenden Druckes senkt sich das die Voluten verbindende Mittelband in der Mitte des Kapitäl. Aufolge der länglichen Form der Volute ist als Tragplatte für das Gebälk keine größere Platte nötig, und es ist nur ein schmaler dekorierter Nabalus (Tafel) eingeschoben. Die Basis, der Fuß der Säule, besteht nun meist aus einem unteren glatten und einem dem Durchmesser wie der Höhe nach etwas kleineren Torus (Riffenwulst) und einem dazwischen befindlichen kühlerlich kontonanten (hochrunden) Trochilos (Wulde). Der obere Torus ist mit einem Fließbandmuster verziert, gleichsam zur Verstärkung des Widerstandes. Im Gegensatz zum Säulenkapitäl stehen die Antenkapitäl, das sind die Fließkapitäl an dem etwas breiteren Abschluß (Anie) der vorspringenden Mauererde. Die Anta nimmt an der übrigen Stützenbildung der Mauer teil, wird aber nach oben wie die Säule von einem Kapitäl abgeschlossen. Die plattige Fierform der Anten- oder Fließkapitäl ist eine wesentliche unterschiedliche, aber fast immer sehr reich ornamentierte und konstruktiv kräftig gegliederte. Im Gegensatz zum Säulenkapitäl hat sie, was sich ja aus der bauweisen Fließform dieser Mauerdekoration von selbst ergibt, gebälk- und trisartigen Charakter. Beispielsweise weisen die plattigen Antenkapitäl des berühmten Erechtheumtempels in Athen, eines Bauwerkes des 5. Jahrhunderts, einen breiten Hals (Fries) auf, der mit Nesselpalmetten von zweifacher Form abwechselnd und fortlaufend geschmückt ist.

ja nicht nötig, technische Verbesserungen vorzunehmen, die Geld kosten.

Kaufmännische Verbesserungen lassen sich zweifellos in Bezug auf die Kalkulation der Preise mit durchschlagendem Erfolg vornehmen, sobald nur der Wille dazu vorhanden ist.

Ueber die Offenbacher Lederwarenindustrie schrieb vor kurzem das „Berliner Tageblatt“, daß diese Industrie vor dem Kriege bis zu drei Viertel ihrer Produktion ausgeführt habe. Besonders nach England, Nord- und Südamerika, Australien und Indien. Bekanntlich hat England selbst eine hoch entwickelte Lederwarenindustrie, die besonders was Reissport- und Reiseartikel anbelangt, geradezu vorbildlich für die übrigen Länder war und ist.

Das Hauptkontingent der deutschen Ausfuhr bilden nicht Roffer und große Reisetaschen, sondern die hübschen zierlichen Säckelchen. Die Pariser Lederwaren zeichnen sich aus durch feinen Geschmack, es fehlt ihnen aber an Solidität. Die besten Erzeugnisse der Wiener Lederwaren sind Kunstgewerblicher Art und werden nur in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren hergestellt. Die Engländer selbst machen wohl eine im Material vorzügliche, aber auch eine ausgesprochen typische, eigenwillige Ware.

Die Offenbacher Erzeugnisse haben sich zwischen all diesen Waren einen Platz erobert, indem sie Haltbarkeit und geschmackvolle Ausstattung vereinen.

Die Offenbacher Fabrikanten sind offenbar mit Erfolg bemüht gewesen, zu erforschen, welche Bedürfnisse in den Kreisen der Käufer der verschiedenen Länder vorhanden sind. Auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse hat man die Produktion eingestellt. Insbesondere fand der englische Kaufmann in Offenbach alles, was er in dem weiten englischen Weltreich vorzüglich weiterverkaufen könnte. Solange die Inflation allen Ausländern einen vorteilhaften Wareneinkauf in Deutschland gestattete, war denn auch Offenbach geradezu überflutet mit solchen. Ein Ende der Inflation mußte einmütig kommen, das war vorauszu sehen. Daher waren diese Ausländer bestrebt, die Offenbacher Erzeugnisse selbst herzustellen. Daneben wurden Einfuhrzölle eingeführt, um den ausländischen Markt abzurufen.

Alles das hat dazu beigetragen, die natürlichen Auswirkungen der Stabilisierung der deutschen Währung erheblich zu steigern und die Absatzförderung herbeizuführen.

Die Fabrikanten sind bemüht, im Ausland die verlorenen Absatzmärkte zurückzugewinnen und neue dazu. Die Rufsmacher sind bemüht, auf neue

Formen zu finnen, um die Bedürfnisse der verschiedenen Länder in geeigneter Weise zu befriedigen. In den Betrieben selbst soll die Teilarbeit und das Hand-in-Hand-Arbeiten noch weit mehr als bisher zur Anwendung gebracht werden, um die Herstellung des Produktes zu vereinfachen und zu verbilligen.

Wir geben diese Ausführungen auszusgeweise wieder, ohne deren Richtigkeit in allen Punkten nachprüfen zu können. Im allgemeinen dürften sie wohl zutreffend sein.

Zur Lage in der Möbelindustrie. Das „Berliner Tageblatt“ vom 12. Juli berichtet:

Der Preisabbau, der zuerst in der Textilbranche, Schuhindustrie usw. zu beobachten ist, ist auch in der Möbelbranche wahrnehmbar. Vorweg kann betont werden, daß — von Luxusausstattungen abgesehen (ausgesprochene Luxusware ist auch bei anderen Artikeln nicht im Preise zurückgelegt worden) — tatsächlich von einem großen Rückgang der Möbelpreise gesprochen werden kann. Es muß aber auch bemerkt werden, daß eine allgemein gültige Zahl, um welchen Prozentsatz hier die Preise herabgesetzt worden sind, nicht genannt werden kann. Wir haben festgestellt, daß die Preisfeststellung der Wohnungseinrichtungen abhängt von der Finanzlage des jeweiligen Geschäftsinhabers. So ist es zu erklären, daß ein einheitlicher Preisrückgang nicht festgesetzt werden kann. Der größte Teil der Möbelfirmen dürfte jedoch in der Regel auf effektive Preisrückgänge zurückzuführen sein. Das ergibt bei manchem einen Preisrückgang um circa 35—40 Proz. gegenüber den Preisen vom Februar-März d. J., andere errechnen circa 50 Proz. Unter anderem wurden uns folgende Zahlen genannt: ein Speisezimmer, das Ende April 5670 Mk. kostete, wird heute mit 2900 Mk. verkauft, ein anderes ist herabgesetzt von 2800 Mk. auf 1900 Mk. Ein drittes von 1800 Mk. auf 900 Mk. Ein Schlafzimmer, das Ende April 3800 Mk. kostete, wird heute mit 2200 Mk. verkauft, ein anderes wird mit 900 Mk. statt 1500 Mk. ausgerechnet. Bei Heranzimmern gelten ungenügend die Zahlen, die für Speisezimmer genannt wurden. Diese eben genannten Zahlen dienen natürlich nur zur Illustration der Entwicklung.

Die Lage in der Möbelbranche wird allgemein als katastrophal bezeichnet. Das hängt natürlich damit zusammen, daß verhältnismäßig wenig Möbel gekauft werden. War es früher üblich, daß Brautpaare sich zur Hochzeit ein eigenes Heim kaufen, so sind die meisten heute einmal durch die Wohnungsnot daran gehindert. Andererseits sind sie nicht in der Lage, die Summe aufzubringen, die selbst bei bescheidensten Bedürfnissen zur Beschaffung einer Wohnungseinrichtung gehört. Allerdings sind seit der Stabilisierung der Mark wieder Ratenschulungen möglich. Vielfach werden drei- bis viermonatige Ratenschulungen gewährt, wenn die Hälfte in bar angezahlt wird; es gibt aber auch eine große Anzahl von Geschäften, die mit ihren Zahlungsbedin-

gungen dem Publikum noch weiter entgegenkommen. Wer in der Lage ist, sofort bar den vollen Preis zu bezahlen, hat natürlich weit günstigere Preise zu gewärtigen. — Die katastrophale Lage hat zunächst zu Scheuderverkäufen geführt. Es gibt Firmen, die bis zu 50 Proz. des Herstellungspreises verkaufen! Nur um in der Lage zu sein, die Gelder für Steuern und Löhne aufzubringen. Andere stehen bereits unter Geldzwangsauflage und im Konkurs. Nur daraus sind die merkwürdigsten Vorkommnisse zu verstehen. (Ein Tischlermeister läßt mit einem Wagen Zimmer durch die Straßen fahren, um so deutlich wahrnehmbare Reklame zu machen.) Man sieht in Frankfurt mit großer Sorge der Zukunft entgegen. Man hofft aber trotzdem auf Besserung der Lage. Denn die Zahlungsbedingungen sind ja tatsächlich wieder lenker, daß auch weite Volksteile daran denken können, wieder Möbel zu kaufen. Dazu kommt, daß mit der Besserung der Wohnungsverhältnisse die Beschaffung von Möbeln wieder notwendig wird.

Zur Lederenquete. Die Beschwerde des Lederarbeiterverbandes hat Erfolg gehabt. Als Vertreter der Arbeiter wurde der Vorsitzende des Verbandes der Lederarbeiter Heinrich Wähler als Mitglied in die Kommission berufen. Außerdem als Sachverständiger Herr Bod. Die Kommission ist bereits an der Arbeit.

Der Stand der Verhandlungen in London.

Der Gang der Verhandlungen in London geht äußerst langsam vor sich. Die Teilung des Varentells, d. h. die Ausbeutung Deutschlands, ist nicht so einfach zu organisieren. Die amerikanischen Kapitalisten sind zweifellos die stärksten Faktoren bei diesen Auseinandersetzungen, sie haben es durchgesetzt, daß die deutsche Regierung ihre Vertreter senden soll. Man legt am ehesten jetzt großen Wert darauf, daß die Zustimmung Deutschlands zu dem Sachverständigenplan „freiwillig“ erfolgt, wenigstens der äußeren Form nach. In Wahrheit bleibt den Deutschen ja gar keine andere Wahl, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen, was man mit ihnen zu treiben beliebt.

In der Praxis wird die Ausführung der Sachverständigenvorschlüge dahin führen, daß die deutsche Wirtschaft unter die Herrschaft amerikanischer Finanziers gerät. Vorausgesetzt natürlich, daß unsere deutschen Kapitalisten wirklich so ohnmächtig sind, wie sie sich zurzeit gebärden. Es wird aber wohl nicht ganz so schlimm stehen — Wenn nicht alles anders, werden diese Herrschaften schon Mittel und Wege finden, um nach wie vor auf ihre Rechnung zu kommen.

So schwarz, wie die Berliner „Note Johne“ die Zukunft schildert, dürfte sie sich wohl nicht gestalten. Die deutsche Wirtschaft wird auf Gnade und

Ueber diesen Hals des Antentapitales erscheinen, erstreckend ausladend, zweimal Kräfte und Rotation (Perlenkette und Eierstab); bei Antentapitales anderer Tempel finden wir den gefirnartigen Typus unter feinen jählichen Frieses; das Gefirn ruht da auf einem mächtigen Zahnschnitt direkt auf dem Architrav. Das Gebälk der jonischen Säulenordnung besteht der Höhe nach aus 3 Balken oder Bändern (Faszien, Sehnen), von welchen Balken der eine den anderen etwas überragt. Ueber dem Architrav, dem unteren oder Hauptbalken, der mit einer mit einem Eierstab verzierten Leiste abschließt, folgt der Fries, der im Gegensatz zum dorischen Stil nicht im Wechsel Triglyphen und Metopen vorführt, sondern fortlaufend, und zwar gleichartig, nämlich zum meist in ununterbrochener Folge, mit figürlichen Reliefbildern geschmückt ist, oft berart, daß die Figuren aus weißem Marmor auf einem Fond (Hintergrunde) von bläulichem, dunklem Kalkstein befestigt waren, damit sie sich um so deutlicher abhoben. Die Entwicklung des dorischen Stiles wurde durch den Einfall und die Tempelerlöbungen der Perser in Kleinasien, wo der jonische Stil entstand, am Anfang des 5. Jahrhunderts v. Chr. auf etwa ein Jahrhundert unterbrochen, dann griffen die Ionier die alten archaischen Stilformen wieder auf und modifizierte sie abwechselungreich um; unter anderem kommen auch reich verzierte Säulenbasen auf. Beim Gebälk wird wie bei Säulenkapitales der Fries manchmal fortgelassen und das Gefirn sitzt mit einem mächtigen Zahnschnitt (Reihe annähernd würfelförmiger, nur etwas überhöhter Zähne, die hervorragenden Voluten der Holzkonstruktion vornehmlich) direkt auf dem Architrav, dem auf den Kämpfen der Säulen ruhenden Hauptbalken. Der Zahnschnitt ist wegen seiner kraftvollen Erscheinung und seiner trefflich wirkenden Schatten ein beliebtes Architekturmotiv auch späterer Zeiten bis heute geworden; er findet auch in der Innenraumausstattung, sogar im Tapetendruck, speziell in der Form gleich anderen den griechischen Säulenordnungen entlehnten Ziernotiven (Eierstab, Perlenkette,

Mäanderverschlingungen, Palmettenreihen), seine häufige Verwendung, obwohl seine Übertragung ins Flachmuster als verkehrt und widersinnig bezeichnet werden kann. In der Architektur und Plastik poht der Zahnschnitt nicht gut zu den flachen Reliefbildern des Frieses, weshalb man diesen letzteren in der späteren jonischen Architektur Kleinfassien statt mit Reliefbildern mit kräftig vortretenden Tierköpfen (Ochsen, Widder, Rehköpfe) oder auch mit Medusenköpfen in Abständen setzte und zwischen den einzelnen Tierköpfen eine dekorative Verbindung durch Guirlanden schuf, welches symmetrische Motiv in der Renaissancearchitektur, dann im Stil Louis XVI. und im Empire, wie überhaupt in den klassizistischen Stilen wiederkehrte. Der wesentliche Gegensatz zwischen der jonischen Architektur Kleinfassien und der attischen liegt darin, daß in Attika die strenge, an Regeln gebundene Form und Säulenordnung beibehalten wird, während in Ionien eine fortwährende Umwandlung und Neugestaltung auftritt.

Der dritte klassische Stil, der Korinthische, ist eine Abart des jonischen, mit dem er mit Ausnahme der Form und Verzierung des Kapitales übereinstimmt, bei welchem vornehmlich das Akanthus- (Varentklaub-)blatt als Schmuckmotiv Verwendung fand. Die Akanthuspflanze hat schon im 5. Jahrhundert v. Chr. in ihren zwei Arten des dornigen trockenen und des weichen fleischigen Akanthus zum Garten- und Grabesmud gedient, und es wurde ihr Blattwerk an Grabdenkmälern nachgebildet, von welchen das Akanthusornament auch zum Säulenkapitales überging, aber nicht in einer sich sofort verkörpernden Stilform. Vielmehr variierten die attischen Künstler das Akanthusornament in fortgesetzter Naturbeobachtung der Akanthuspflanze und ihres Wachstums. Aus dem Umstand, daß das korinthische Kapitäl nicht rund, sondern vierseitig ist, mag der Schluss zutreffen, daß es sich aus dem Anten-, dem Wandkapitäl, entwickelt hat. Dem korinthischen Kapitäl ist der Eindruck des Reichen, Prunkvollen und Vornehmen eigen wie keinem

anderen Kapitäl; es ist hochragend und reich und, schwungvoll dekoriert, wenn auch in der Entwicklungszeit aus dem Anten- ins Eulienkapitäl die Erscheinung gegen die später ausgebildete Form noch dürftig erscheint. So findet man anfänglich ein hohes vierseitiges Kapitäl korinthischen Stiles mit zur Flächenfüllung gedehnten Spiralen dekoriert, deren Zwickel mit Palmetten ausgefüllt wurden. Erst später tritt beim korinthischen Kapitäl die naturtreue Akanthusblattform auf, die es in der Folge beherrscht, ohne daß die Voluten oder Spiralen, die den markantesten Schmuck des Kapitales (sogar an seinen Ecken) bilden, in Fortfall kämen. Vielmehr wird die Erscheinung der Spiralen durch die Ausbildung als Doppelspiralen noch bereichert, indem man je zwei Spiralen an jeder einzelnen Kapitäldecke zusammenstoßen läßt. An dem elagenermäßig ausgebildeten korinthischen Kapitäl aus dem 4. Jahrhundert vor Christo ist der Uebergang von dem runden Säulenkapitäl zu dem vierseitigen Kapitäl durch einen doppelten Kranz von schiffartigen Blättern, die der attischen Kunst entlehnt sind, vermittelt und darüber ragen die großen gelappten Akanthusblätter, deren parallele Rippen die Urforn, das Blütenstandsförmige erkennen lassen. Die Voluten selbst erscheinen in ihrem unteren und plinthenartigen Teil von den Blättern umfaßt, umhüllt. In den noch freien Zwischenpartien treten als Füllschmuck ganz naturtreulich der Akanthuspflanze nachgebildete Blumentelche auf und kleine Palmetten, die auf kleineren Zwischenvoluten zwischen den Eckvoluten sitzen, ragen medial (mittelfällig) nach der profilierten Plinthe des Kapitales hinaus. Von dieser Zeit an ist das Akanthusmotiv das wichtigste und vornehmste Naturornament der dekorativen Kunst; immer wieder taucht es in den späteren Stilen auf und wird sogar mit größerer Vorliebe benutzt und variiert, nicht nur in den klassizistischen Stilen, in der italienischen, deutschen und französischen Renaissance, sondern selbst im mittelalterlichen und dem orientalischen Stil bildet es einen wichtigen Ausgangspunkt der Ornamentik.

Ungnade den Entente-kapitalisten ausgeliefert. Auf Gnade hat niemand zu hoffen. Die Rohstoffe werden nach Belieben aus Deutschland gepündert, die der englischen und amerikanischen Konkurrenz unbequemen Industriezweige werden erdrückt, der russisch-deutsche Handel wird von der Entente kontrolliert, d. h. völlig unterbunden. Die russische Sowjetregierung soll gezwungen werden, die Industrieerzeugnisse, die das riesige Reich der Sowjetrepublik bedarf, von den Kapitalisten der Ententestaaten zu Wucherpreisen zu beziehen, nur Ententeunternehmungen in Rußland zu irdenweischen Arbeiten zuzulassen.

Wie sich die Redakteure der „Roten Fahne“ diese Entwicklung weiter vorstellen, ist außerordentlich kennzeichnend:

„Es ist klar, daß in einem so von imperialistischen Hauptstaaten beherrschten Lande nicht Millionen endlos auf der Straße liegen können, ohne daß der Versuch gemacht würde, die verzeigten Verbungenenden als Söldnertrupps in Dienste der Entente zu verwenden, wie heute die Proletarier der Hauptstaaten als Entente-truppen verwendet werden. Der von Silberling und Macdonald erzielte Augenblick rückt immer näher, wo im Namen der westeuropäischen Demokratie Heere von durch Hunger gepreßten deutschen Proletariern „gegen die moskowitzische Weltreaktion“ gehetzt werden.“

So sieht man in jenen Kreisen die letzten Auswirkungen an, die sich als Resultat der jetzt in England und Frankreich an die Regierung gelangten Arbeitervertreter ergeben. Und daraus ergibt sich denn auch der Schluß, daß die Rettung vor dem Entente-kapitalismus für Deutschland nur in einer englischen Koalition mit Rußland liegt. Es war von jeher klar, daß die Bemühungen Sowjetrußlands, das deutsche Proletariat in eine Revolution zu treiben, letzten Endes der Furcht entspringen, daß eines Tages die kapitalistischen Staaten der Sowjet-herrschaft ein Ende zu machen versuchen würden.

Wer indes die Nachmittel prüft, die evtl. zur Abwehr dieser kapitalistischen Pläne der Arbeiterschaft Deutschlands zur Verfügung stehen, eingerechnet der Unterstützung, die man von Rußland etwa erwarten könnte, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß diese völlig ungenügend sind, um den Ententemächten in diesem Stadium ein Paroli bieten zu können.

Die privatkapitalistische Entwicklung wird sich ausbreiten müssen, dagegen hilft kein Kamentieren. Wer sehen will, kann jetzt schon genug Anzeichen beobachten, daß sich trotz der anscheinend unaufhörlich wachsenden kapitalistischen Konzentration auch gleichzeitig Merkmale gemeinwirtschaftlicher Tendenzen durchzusetzen beginnen. Es wird daher die vornehmste Pflicht aller Menschen sein, die den Menschenmord verwerfen und das Heil der Zukunft der Völker in friedlicher Auseinandersetzung finden, alle jene Einrichtungen zu unterstützen, die dieses Ziel erstreben.

Die politische und wirtschaftliche Macht gilt es zu erobern, beide sind untrennbar aufeinander angewiesen, soll ihre Herrschaft von Dauer und nicht nur vorübergehend sein.

Alle wirtschaftlichen Einrichtungen müssen daher so umgestaltet werden, daß ihre Träger nicht einseitig privatkapitalistisch eingestellt, sondern im wahren Sinne des Wortes Vertreter des gesamten wertvollen Volkes sind.

Die Arbeit!

(Eine neue Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde.)

Die Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt unter dem Titel: „Die Arbeit“ eine Zeitschrift heraus, die zunächst monatlich einmal erscheinen soll; die erste Nummer ist bereits herausgegeben. Als Verleger zeichnet Theodor Weipart, als Redakteur Dr. Robert Erdmann, Berlin.

Das Programm dieser neuen Zeitschrift ist kurz folgendes: Die Gewerkschaften sind zu einem Machtfaktor des wirtschaftlichen Lebens geworden, sie sind berufen neben der politischen Partei alle zu wirtschaftlicher Unfreiheit verurteilten Schichten auf eigenen Wegen den großen Zielen der Arbeiterbewegung entgegenzuführen. Für die Neugestaltung des Arbeitsrechts und des Arbeitsverhältnisses, im Geiste einer großartigen nationalen Organisation der Arbeit, wie für die Mitwirkung an einer internationalen Arbeits-gesetzgebung, kommt ihnen die gleiche Bedeutung zu wie den Arbeiterparteien in den eigentlichen politischen Fragen. Die Gewerkschaften haben sich bereits ein Mitbestimmungsrecht bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen, an das früher nicht zu denken war und welches die politische Partei allein niemals erzielt hätte.

Die bereits erlangene wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Arbeitnehmers, steht im unmittelbaren Verhältnis zur Macht der Gewerkschaften. Sie wird vernichtet, wenn die Gewerkschaft verfällt und alle bereits erlangenen Rechte und Freiheiten verlieren dann ihren praktischen Wert!

Die Gewerkschaften hüten und schützen eines der höchsten Güter der Nation — die menschliche Arbeitskraft! Die Gewerkschaften sind Bahnbrecher einer tieferen Lebensauffassung über den sozialen Aufbau der Gesellschaft.

Inwiefern die Gewerkschaften das ihnen bereits eingeräumte Mitbestimmungsrecht an der Regelung des Arbeitsverhältnisses und an der Wirtschaft praktisch ausnützen, hängt davon ab, ob es den Gewerkschaften gelingt, die Arbeiter, insbesondere die zur Vertretung ihrer Interessen in den Betrieben Berufenen und die junge Generation gewerkschaftlicher Führer, für ihre umfassenden Aufgaben heranzubilden. Dieses sind die Gründe die den schon lange erzwungenen Plan endlich zur Ausführung gebracht haben.

In dieser Zeitschrift soll Gelegenheit zum freien Meinungsaustausch und sachlichen Austrag geistiger Gegenläge geboten werden. Daneben sollen aber auch Mägnner der Wissenschaft mitwirken, Juristen, Volkswirtschaftler, die bereit sind, als Bundesgenossen an der Befreiung der Arbeiter mitzuwirken.

Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die Gewerkschaften die Mitarbeit der Wissenschaftler nicht entbehren können. Die Untersuchung und Prüfung der mannigfaltigen Probleme, die in unserer Zeit auf-tauchen und die Gestaltung der Wirtschaft beeinflussen, erfordern tüchtige Kräfte. Wir haben bereits in dem Artikel „Arbeiterführer-bildung“, der wegen Raum-mangel öfters zurückbleiben mußte, unsere Meinung zu der Bildungsfrage gesagt und begrüßen deshalb die Herausgabe dieser neuen Monatschrift mit besonderem Interesse.

Die Gewerkschaftsmitglieder freilich müssen endlich wieder dahin gelangen, daß sie von diesen Bildungs-möglichkeiten in größerem Umfange als bisher Gebrauch machen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tapezierergewerbe.

Dresden: Streik der Ledermöbelarbeiter.
Freiburg i. S., Geringswalde, Waldheim: Streik.

Haltet Zugang nach den besetzten Orientfern!

Rundschau.

Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig. In Verbindung mit dem Leipziger Gewerkschaftsfest, das durch die Pflege des Massenfestspiels im Freien kulturell von mehr als lokaler Bedeutung ist, findet vom 2.—8. August eine Arbeiter-Kulturwoche statt. Mit der Kulturwoche findet der Mitteldeutsche Jugendtag in Leipzig statt. Sie beginnt am 2. August. Begrüßungen im Volkshaus. Feier der Jugend, 11 Uhr Matinee in der Albertshalle, Aufführung der „Wandlung“. Nachmittags Gewerkschaftsfest im Lunapark, das mit der Aufführung eines Massenfestspiels schließt. Am 4.: Kongreßberatungen, abends in der großen Albertshalle Kulturumbgebungen. Am 5.: Tagung der Bildungs-ausschüsse. Wiederholung des Massenfestspiels. Am 6.: Studenten- und Lehrentag, abends Aufführung des Chorwerkes „Samson“ von Händel durch den Arbeiter-Volkschor Leipzig. Während der Tagung Buch- und Bildausstellung in den Räumen des Kunstvereins (Bildermuseum). Tagungsräume: Stadtverordneten-saal, Rathausaal, Kaufhaus, Handels-börse, Albertshalle. Vom 28. Juli bis 2. August findet ein Arbeiterbildungskursus in Leipzig a. d. Ruhr statt, den der Leiter des Bildungswesens der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik Dr. Joseph Gutspold Stern abhalten wird. Dieser bewährte Praktiker sozialistischer Bildungsarbeit wird im Laufe einer Woche gründlich in alle Gebiete sozialer Bildungstätigkeit einführen. An dem Kursus kann jeder teilnehmen, der sich dafür interessiert. Die Kosten der Teilnahme einschließlich Verpflegung belaufen sich auf 11 Mark für die ganze Woche. Anmeldungen bis 20. Juli an das Arbeiterbildungsinstitut Leipzig, Braustraße 17.

Sterbefaßel.

Berlin. Am 7. Juli starb im Alter von 70 Jahren Hans Lange, Portefeuller. — Am 20. Juli im Alter von 48 Jahren Bruno Graudenz, Wagen-sattler.

Dresden. Am 7. Juli erkrankt beim Baden der Sattler Hugo Gahnig im Alter von 35 Jahren.

Ehre Ihrem Andenken!

Verbandsnachrichten.

(Beschlüssen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 4. bis 10. August ist der 32. Beitrag fällig.

Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!

Wer seiner Organisation die Beitragszahlung verweigert, nimmt ihr den Betriebsstoff!

Neuregelung der Streikunterstützung.

Mit dem 1. Juli 1924 tritt laut Nachtrag 1 zum Statut des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes die Bestimmung des § 25 (Streikunterstützung) in Kraft. Im Laufe des dritten Vierteljahres sollen 75 Proz., also drei Viertel der im Nachtrag 1 beschlossenen Unterstützungssätze zur Auszahlung gelangen. Diese betragen:

Klasse	Beitrag	Unterstützung pro Tag bei einer Mitgliedsdauer von Wochen			
		13	15	20	30
I	0,10	0,15	0,20	0,25	—
II	0,25	0,40	0,50	0,55	0,65
III	0,35	0,50	0,65	0,80	0,90
IV	0,50	0,75	0,95	1,15	1,30
V	0,70	1,05	1,30	1,55	1,85

Die Kinderzulage beträgt für das nicht erwerbsfähige Kind bis zu 16 Jahren pro Tag 10 Pf.

Zur besonderen Beachtung! Bei der Berechnung der Streikunterstützung gilt als Beitragsklasse die niedrigste Beitragsmarke, welche ab der 27. Woche 1924 gefleht wurde.

Berlin, im Juli 1924.

Der Verbandsvorstand.

Am 30. Juni konnte Robert Steding in Bielefeld auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken.

Bücherchau.

Zehn Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik. Kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie lautet der Titel einer von einem bekannten Fachmann, dem Parteigenossen Josef Hirn herausgegebenen Broschüre, der ein Wortwort des Reichs- und Landtagsabgeordneten Wilhelm Keil vorange-stellt ist. Sie erscheint im Verlag der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart zum Preise von 1,80 Mk.

Die exakte Arbeit gibt nicht nur erstmals eine zusammenfassende Gesamtdarstellung der Reichsfinanzpolitik der letzten zehn Jahre, des Reparationsproblems, des Währungszerfalls usw. und füßt damit eine Lücke in der Literatur aus, sondern stellt gleichzeitig den beständigen zähen Steuerkampf der Sozialdemokratie gegen die Besitzinteressen und eine glänzende Rechtfertigung ihrer Stellungnahme zu den im behandelten Zeitraum gesehene sich auftürmenden Problemen dar. Daher sollte sie eine möglichst große Verbreitung finden. — Von großer Wichtigkeit und bleibendem Wert ist die Arbeit insbesondere für alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre und die agitatorisch tätigen Genossen, da sie gleichzeitig ein wertvolles Rüstzeug gegen diejenigen bietet, die rechts und links von der Sozialdemokratie mit Schlagworten gegen deren Haltung in den betreffenden Fragen hauseren gehen, und namentlich auch eine Antlageschrift gegen die verhängnisvolle Steuerfurch des Beflehten darstellt. — Im Interesse weitest Verbreitung wurde der Preis der Broschüre auf nur 1,80 Mk. festgesetzt. Die Broschüre kann von jeder Parteibuchhandlung bezogen werden.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Berlin 33, Bankstr. 1, hat im Selbstverlag nachstehende Denkschriften erscheinen lassen:

1. „In welchem Umfange kann die Polizei an der Bekämpfung von Schadenbränden mitwirken?“ 11 Seiten, Preis 15 Pf. — 2. „Der Wachtendienst bei den deutschen Berufsfeuerwehren.“ 36 Seiten, Preis 25 Pf. — 3. „In welchem Umfange ist die stete Verjüngung des Feuerwehrpersonals zweckmäßig und wirtschaftlich?“ 47 Seiten, Preis 25 Pf.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Wagen-sattler. Jeden ersten Mittwoch im Monat Brandenverversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Ebdige Sattler,

aus Kraitbügeln u. Lederstoffe bestens eingearbeitet, sowie 1 Portefeuller,

selbständiger Arbeiter auf Damen-schön, weiche Arbeiter usw. (sodt mit „Gortina“ Schirm-schön und Lederwerk) für sofortige Aus-fertigung. An Lohndienst an S. Göttsche u. Söhne, Fabrikation von Lederwaren, Schloßstr. 10.